tenden Charakter auf, dem wir auch bei Ergreifung außerordentlicher militärischer Maßnahmen Rechnung tragen müssen. Wenn wir nunmehr einen neuen Rüstungskredit anfordern würden, würde man uns aggressive Absichten zuschreiben, was dem von Sr. Majestät hinsichtlich der Führung der äußeren Politik der Monarchie erhaltenem Auftrage diametral entgegengesetzt wäre. Überdies würden wir durch die rasch aufeinander folgende Einstellung solcher Summen unsere Nachbarn noch zur Steigerung ihrer Rüstungen ermuntern. Auch möchte er noch hervorheben, daß aus den lichtvollen Darstellungen des Herrn Chefs des Generalstabes zu entnehmen sei, daß bereits heute eine wesentliche Steigerung unserer Kriegsbereitschaft konstatiert werden könne, daß aber die Kriegsverwaltung sich darauf beschränkt habe, dasjenige zu beanspruchen, was sie für das dringendste und notwendigste gehalten habe. Übrigens stehe es der Heeresleitung frei, dort, wo dies erforderlich erscheine, ein Virement eintreten zu lassen. Zum Schlusse wolle er dem k. u. k. Chef des Generalstabes im Namen aller Anwesenden den Dank für seine so eingehenden und interessanten Darlegungen aussprechen. Die Teilnehmer an der heutigen Beratung seien überzeugt, daß Seine Exzellenz es für seine Pflicht gehalten hat, die maßgebenden Faktoren auf jene Erfordernisse aufmerksam zu machen, welche nach seinem Dafürhalten unumgänglich notwendig sind, doch seien den Regierungen, wie erwähnt, durch die finanzielle Leistungsfähigkeit unüberschreitbare Grenzen gezogen.

Der k. u. k. Chef des Generalstabes bemerkt noch, daß der Unterschied seiner Stellung gegenüber jener der anderen maßgebenden Faktoren darin bestehe, daß ihn die volle Verantwortung bei Ausbruch eines Krieges treffe, während jetzt die Forderungen des Friedens im Vordergrunde stehen. Seine Anforderungen besäßen nicht die gleiche Aktualität, wodurch er sich in der Nachhand befinde. Trotzdem sei es seine Pflicht, sich stets die Eventualitäten des Krieges vor Augen zu halten und alles geltend zu machen, was für diese in Betracht komme.

Der V o r s i t z e n d e erklärt nunmehr die Sitzung für geschlossen.

Aehrenthal

Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen.
Bad Ischl am 24. August 1911. Franz Joseph.

Nr. 23 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 13. Juni 1911

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Freiherr v. Burián, der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister GdI. Freiherr v. Schönauich.

Protokollführer: Legationsrat Friedrich Graf Szapáry.

Gegenstand: Einigung über den Text des Entwurfes eines neuen Wehrgesetzes für Bosnien und die Herzegowina.

KZ. 41 – GMKPZ. 487

Protokoll des zu Wien am 13. Juni 1911 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des k. u. k. gemeinsamen Ministers des k. u. k. Hauses und des Äußern Grafen Aehrenthal.

Der V o r s i t z e n d e eröffnet die Beratung mit der Konstatierung, daß die Referentenbesprechungen eine volle Übereinstimmung bezüglich des Entwurfes eines Wehrgesetzes für Bosnien und die Herzegowina ergeben haben und daß nur eine Frage, betreffend den Wortlaut der diesem Gesetze etwa anzufügenden Vollzugsklausel offen geblieben sei.¹ Er habe sich diesbezüglich dem Standpunkte des Herrn Kriegsministers angeschlossen, welcher nunmehr folgende Fassung für die in Rede stehende Vollzugsklausel in Vorschlag gebracht habe:²

„Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes wird Mein Kriegsminister betraut, der die zur Durchführung dieses Gesetzes notwendigen Verfügungen im Einverständnis mit den übrigen gemeinsamen Ministern im Wege des mit der Leitung der bosnisch-herzegowinischen Verwaltung betrauten gemeinsamen Ministers treffen wird.“ Der Vorsitzende erklärt nunmehr diesen Vorschlag als zur Diskussion stehend und ersucht den gemeinsamen Finanzminister, seine Ansicht über denselben darzulegen.

Der k. u. k. g e m e i n s a m e F i n a n z m i n i s t e r erklärt, diesen Vorschlag nicht akzeptieren zu können. Er verliest die vom k. u. k. gemeinsamen Kriegsminister zur Begründung der vorliegenden Formulierung in einer Note zusammengefaßten Motive und weist zunächst darauf hin, daß im Sinne des § 1 der bosnisch-herzegowinischen Landesverfassung, welcher in seinen Augen keinerlei Restriktion unterliege, zweifellos die Landesregierung in Sarajewo zur Vollziehung und Handhabung dieses Gesetzes berufen sei. Es sei höchst mißlich, in den annektierten Ländern die Empfindung zu erwecken, daß eine Bestimmung des Landesstatuts restringiert worden sei. Auch sei es sehr die Frage, ob die Regierungen der beiden Staaten der Monarchie sich mit diesem Vorgange einverstanden erklären würden.

Nach Besprechung einiger weiterer vom Kriegsminister erhobenen Einwände erklärt Baron Burián, er halte an den im Laufe der bisherigen Verhandlungen gestellten Vermittlungsanträgen fest und proponiere eine Fassung, in welcher nicht ein Wort vorkomme, das nicht schon in den Vermittlungsanträgen des Kriegsministeriums enthalten gewesen wäre. Speziell greife er auf den Antrag

¹ Zur Referentenbesprechung v. 23., 24. und 26. 5. 1911 siehe den Amtsbericht des Vertreters der Ministeriums des Äußern v. 27. 5. 1911, HHSStA., PA. XL, Liasse LIX, Karton 245, Fasz. Bosnisch-herzegow. Wehrgesetz, Z. 31522/1911.

² Diese Vollzugsklausel, die in den verschiedenen Auflagen des Wehrgesetzentwurfes nicht vorkommt, teilte Schönauich mit Schreiben an Aehrenthal v. 2. 6. 1911 mit, HHSStA., PA. XL, Liasse LIX, Karton 245, Fasz. Bosnisch-herzegow. Wehrgesetz, Z. 35051/1911.

des Kriegsministeriums von 11. Mai 1911 zurück, nur habe er die beiden Alineas desselben umgestellt.³ Die Fassung laute:

„Die Vollziehung und Handhabung dieses Gesetzes obliegt der Landesregierung in Sarajewo.

Der Kriegsminister übt seine auf den Vollzug und auf die Durchführung dieses Gesetzes notwendige Einflußnahme im Wege des mit der Leitung der bosnisch-herzegowinischen Verwaltung betrauten gemeinsamen Ministers und im Einvernehmen mit demselben aus.“

Für das zweite Alinea dieser Fassung stelle er der Konferenz anheim, falls sie es vorziehen sollte, eventuell folgende Formulierung zu akzeptieren:

„Der Kriegsminister trifft seine auf den Vollzug und auf die Durchführung dieses Gesetzes bezüglichen Verfügungen im Einvernehmen mit dem mit der Leitung der bosnisch-herzegowinischen Verwaltung betrauten gemeinsamen Minister und durch Vermittlung desselben.“

Die beiden Varianten weisen nur den Unterschied auf, daß in der zweiten die Ingerenz des Kriegsministers statt mit dem Ausdrucke „Einflußnahme“ mit dem Ausdrucke „Verfügungen“ bezeichnet sei, wogegen er schließlich auch nichts einzuwenden habe. Er empfiehlt seinen Antrag zur Erwägung, damit 1. der § 1 des bosnisch-herzegowinischen Landesstatuts respektiert werde, 2. damit kein unnötiger Eingriff in die bosnisch-herzegowinische Verwaltung erfolge und 3. damit die bisher klaglose Tätigkeit dieser Verwaltung auf militärischem Gebiete nicht erschwert werde. Er bittet, von der am Beginne der Beratung zur Diskussion gestellten Formulierung abzusehen.

Der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister ist der Ansicht, daß in diesem Falle das Kriegsministerium die Stelle des Landesverteidigungsministeriums vertritt, weshalb ersteres mit dem Vollzuge des Gesetzes betraut werden könne.

Nach einer längeren Darlegung seiner Auffassung über das Verhältnis der gemeinsamen Ministerien zueinander erklärt Baron Burián, er spreche sich, falls keine Übereinstimmung erzielt werden könne, für die gänzliche Weglassung der Vollzugsklausel aus.

An letztere Erklärung des gemeinsamen Finanzministers anknüpfend, schlägt der Vorsitzende vor, auch bezüglich des vorliegenden Gesetzentwurfes an dem bisherigen Gebrauche festzuhalten und von der Anbringung einer Vollzugsklausel, welche auch in den anderen bosnisch-herzegowinischen Gesetzen nicht enthalten sei, abzusehen. Einer besonderen Feststellung der Verantwortlichkeiten und einer speziellen Einigung über den Vollzug bedürfe es wohl nicht, da

³ Siehe hier zu das vermutlich analoge Schreiben Schönbaichs an Aehrenthal v. 11. 5. 1911, mit dem Entwurf eines Wehrgesetzes für Bosnien und die Hercegovina. Die hier aufgenommene Vollzugsklausel ist eine ähnliche, wenn auch nicht wörtlich gleiche, wie die hier vom gemeinsamen Finanzminister vorgeschlagene, HHStA., PA. XL, Interna, Liasse LIX b: Bosnisch-hercegov. Wehrgesetz, Karton 245, Z. 35051/1911.

sich die bezüglichlichen Vorgänge in derselben Weise abspielen werden wie bisher. Das Ministerium des Äußern erwarte aber, daß es in prinzipiellen Fragen und Angelegenheiten von ressortmäßigem Interesse entsprechend herangezogen werden wird.

Der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister akzeptiert diesen Vorschlag mit dem Bemerkten, daß der Vollzug der militärischen Agenden in Bosnien immer glatt vor sich gegangen sei und daß somit von einer neuen Vereinbarung zwischen den beteiligten Ministerien abgesehen werden könne.

Der k. u. k. gemeinsame Finanzminister erklärt, an seinem eben kundgegebenen Standpunkte festzuhalten, falls die beiden Regierungen auf der Anfügung einer Vollzugsklausel bestehen sollten.

Der Vorsitzende enunziert nunmehr den Beschluß der Konferenz, daß von der Anfügung einer Vollzugsklausel abzusehen und sohin der Gesetzentwurf ohne eine solche an die beiden Regierungen zu leiten sei und erklärt die Beratung für geschlossen.⁴

Aehrenthal

Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen.
Lainz, am 1. Juli 1911. Franz Joseph.

Nr. 24 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 28. und 29. Oktober 1911

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Khuen-Héderváry, der k. k. Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Gautsch (30.11.), der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Freiherr v. Burián, der k. u. k. Kriegsminister GdI. Ritter v. Auffenberg,¹ der kgl. ung. Finanzminister v. Lukács, der k. k. Finanzminister Dr. Meyer, der kgl. ung. Handelsminister v. Beóthy, der Leiter des k. k. Handelsministeriums Dr. Mataja, der Leiter des k. k. Eisenbahnministeriums Dr. Ritter v. Röhl, der Chef der Landesregierung für Bosnien und die Herzegowina FZM. Potiorek.

Protokollführer: Generalkonsul Freiherr v. Ferstel.

Gegenstand: Ausgestaltung des bosnisch-herzegowinischen Bahnnetzes.

⁴ Mit Schreiben (K.) v. 20. 6. 1912 teilte Auffenberg beiden Ministerpräsidenten den endgültigen Text des Wehrgesetzes für Bosnien-Herzegowina mit, KA., KM., Präs. 26–6/15/1912. Der Gesetzentwurf wurde ohne Vollzugsklausel mit Vortrag Bilińskis v. 8. 8. 1912 Franz Joseph vorgelegt und mit Ah. E. v. 11. 8. 1912 resoliert, KA., MKSM. 97–1/2/1912, publiziert als Gesetz v. 11. 8. 1912, GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT FÜR BOSNIEN UND DIE HERZEGOVINA Nr. 59/1912.

¹ Zur Enthebung Schönaichs und der Ernennung Auffenbergs als Kriegsminister und dem Zusammenhang zur Entlassung Conrads vom Posten des Chefs des Generalstabes siehe BRETTNER-MESSLER, Die Balkanpolitik Conrad v. Hötzendorfs 4–13 und HETZER, Franz v. Schönaich 177–190.